

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementsspreis durch die Post exkl. Beitragsgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seliger Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonus 7503

Anzeigen: An-Gebühren werden von Privaten 40 Pf. für die einspätige
Postzeit oder deren Raum berechnet. — Interate werden nur gegen
vorherige Einladung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 44.

Sonnabend, den 3 November 1917.

21. Jahrgang.

Bauungswesen und Arbeiterschaft.

Wer die Kulturröhre eines Volkes richtig beurteilen will, der geht neben dem allgemeinen Bildungsstand der großen Volksmassen auch den Stand ihres Wohnungswesens als Maßstab heran. Eine wirklich hohe Kultur kann ein Volk in seiner Gesundheit nur dann haben, wenn es körperlich und geistig gesund und körperlich und geistig gesund kann ein Volk wieder nur an und bleiben, wenn es neben guter und genügender Nahrung Kleidung auch genügend gesunde Wohnungen hat. Wer in den dunklen und schmuglichen Räumen haust, in die vielleicht das ganze Jahr kein Sonnenstrahl fällt, der muss mir der Zeit an Körper und Seele Schaden leiden und schließlich elend zugrunde gehen, wie die Blume zugrunde geht, die man aus einem hellen, weißen Zimmer in dumpfe und lichtlose Räume verpflanzt.

Welch große Bedeutung dem Wohnungswesen für die Volksgesundheit zukommt, dafür liefert uns die Statistik einen eindrücklichen Beweis. In Berlin z. B., das besonders im Norden und in der Stadt zahlreich ungelinde Massenmietshäuser mit geringen gefundene gesellschaftlichen Keller- und niedrigen Hofwohnungen hat, wurden vor dem Kriege von je 100 stellungspflichtigen Männern nur 21,0 als militärtauglich befunden, gegen 33,9 den ländlichen Bezirken. Die Militärtauglichkeit in den ländlichen Bezirken war also nahezu doppelt so groß, wie in der Großstadt Berlin. Nach Feststellungen der Allgemeinen Ortsbaurechtskommission der Stadt Berlin sind die Eingangsräumungen bei ihren in Berlin geborenen männlichen Mitgliedern aus dem Gewerbebetrieb Karlsruhe, Handelsleute und Bureauangestellten um 15—20 Prozent, als bei ihnen von außerhalb zugezogenen Mitgliedern. Nach Statistischen Jahrbuch des preußischen Staates starben auf 10.000 Einwohner an Tuberkulose: in Ostpreußen 11,0, in der Provinz Brandenburg 13,4 und in Berlin 20 Einwohner. Die steife Kindersterblichkeit in den großstädtischen Massenwohnungsquartieren, besonders in den Seitenflügeln ohne Duerstaltung, ist ebenfalls bekannt. Während nach statistischen Feststellungen in 29 Städten auf je 1000 Geburten durchschnittlich 170 Säuglinge sterben, liegt diese Zahl in einzelnen Städten oder Stadtteilen auf 20 und mehr.

Diese Beispiele, die sich beliebig vermehrten ließen, zeigen besser viele Vorteile, welche Einfluss das Wohnungswesen auf die Gesundheit hat. Gute und gesunde Wohnungen sind geradezu Voraussetzung für die Gesundheit des Volkes. Darum ist jeder Volksgenosse, soweit er nicht als Hausherr oder Grundrentier volksschädigendem Eigentum geleitet wird, und darum ist auch Volksangehörige, der Staat, an dem Vorhandensein ausreichender und gesunder Wohnungen interessiert. Denn nur ein körperlich und geistig gesundes Volk ist auch zugleich ein wahrhaftes Volk, nur ein solches Volk wird in der Weltwirtschaft den Weltmarkt anderer Völker anhalten können.

Aber der Staat und jeder einzelne Volksgenosse an der Besserung unseres Wohnungswesens interessiert, so sind dies die beiden in ganz besonderer Weise. Denn sie sind es ja, die dem bestehenden Wohnungselend am allermeisten zu leiden haben. Anfolge ihres oft recht geringen Einkommens können sie eine Wohnung niemals so viel zahlen, wie andre, bessergestellte Familien des Volkes. Darum bleiben für sie stets die kleinsten und zugängigsten Bodenräume. Diese Wohnungen sind dann in der Regel auch überfüllt; denn ihre Mieter sind nicht selten Kinderfamilien, die für eine Wohnung noch weniger ausgeben als die mit weniger Kindern „geeignete“ übrige Arbeiterschaft. Oder sie sind gezwungen, einen Teil ihrer Wohnung an ausbüroschen oder „Chambergarnisten“ abzuvermieten. Während vierköpfige Familie neben der Küche mindestens zwei, für mehrere mindestens drei ordentliche Wohnräume haben müsste, haben in Berlin 800.000 Menschen so, dass auf mehr als vier Personen nur ein einziges heizbares Zimmer kommt. In Posen schlafen 26.000 Personen zu sechs und mehr in einem einzigen Raum: als ein Viertel der Gesamtbevölkerung Posen muss sich mit einem einzigen Wohnraum behelfen. Nicht viel besser ist es in anderen Städten.

Das sind Zustände, die des deutschen Volkes nicht würdig sind und deren Beseitigung alle Freunde des Volkes, ganz besonders aber Arbeiter, anstreben müssen. Es ist dringend notwendig, dass nach dem Kriege endlich unser Wohnungswesen gründlich reorganisiert und dafür sorgt, dass das deutsche Volk in seiner Gesundheit so wohnen kann, wie es eines Kulturvolles vom Rest des deutschen allein würdig ist. Das ist vor allen möglichen, das von der Sozialdemokratie seit Jahrzehnten geforderte Wohnungsgesetz endlich erlossen wird, doch man ein einziges Mal zusammen und kaum in alle Wohnungen einzurichten, und das man für regelmäßige Wohnungs- und Wohnungszählungen sowie für eine dauernde Wohnungskontrolle trage.

Die Kostenfrage würde keine große Rolle spielen, da in den Städten eine Anlagerung an die vorhandenen Arbeitsnachweise möglich wäre. Ungünstiger liegen die Verhältnisse in den ländlichen Gebieten, die aber nur für unsern Beruf am meisten in Betracht kommen, wo aber die Arbeitsnachweise fast völlig fehlen. In diesen Gebieten müssten nun unbedingt die Organisationen Träger des Arbeitsnachweises werden, was auch gut möglich wäre, da sowohl Arbeitgeber wie Arbeiterverbände fast überall vertreten sind. Die Verbindung mit den Zentralstellen ist vorhanden, sonst wäre nur eine Erweiterung der Korrespondenz nötig.

In den einzelnen Bezirken könnten Hauptstellen errichtet werden, die den losen Nachweis, eventuell auch die Vermittlung von Bezirk zu Bezirk unter Ausschaltung der Zentralnachweistelle regeln und der selben nur den Bericht ausenden. Unter gewissen Umständen könnte auch die Ausdehnung des Nachweises auf andere Berufsabteilungen übergreifen, wie dies speziell in der Hart- und Plastersteinbranche, soweit Bruderdistrikte in Frage kommen, ohne besondere Umstände möglich wäre.

Für die Verbindung mit entlegenen Gebieten und für die kleineren Betrieben müsste sich der Nachweis in der Zentralstelle erledigen, da anderweitig eine Verbindung nicht leicht zu ermöglichen ist. Die Arbeitsnachweisung aber immer möglich in kurzer Zeit zu erledigen wäre, für die Arbeitgeber wie für unsre Organisationen dürfte wohl als Zentralstelle

teuren Wohnungen interessierten Kreise einen Wohnungsmangel geradezu klinisch herbeigeführt, um die Mieten noch weiter steigen zu können.

Diesem Treiben ist mit Aussicht auf Erfolg nur durch die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Wohnungen durch die gemeinsame Bautätigkeit entgegenzuwirken. Denn mit den Wohnungsspreisen ist es heute genau wie mit den Preisen anderer Waren auch: Ist das Angebot stärker als die Nachfrage, so bleibt das Überangebot auf dem Preis, ist dagegen die Nachfrage stärker als das Angebot, so steigen die Preise rasch über den wirklichen Wert. Von den Nutznießern des alten Hausesbesitzes ist in dieser Beziehung keine Hilfe zu erwarten. Diese Leute werden sich nicht die Quelle verstopfen, aus der ihnen der Goldstrom sprudeln soll.

Ist ein Arbeitsnachweis für die Steinindustrie notwendig?

Vor dem Kriege wurde wiederholt die Frage des Arbeitsnachweises innerhalb unseres Berufs erwähnt und dabei die Hindernisse, die der Einführung dieses sehr notwendigen Instituts entgegenstanden, noch verschieden bezeichnet.

Der Arbeitsnachweis für die Steinindustrie hat auch, was keineswegs verkannt werden darf, eine sehr große Vielseitigkeit, wenn er nur in knappen Umrissen der beruflichen Lage entsprechen soll.

Es ist völlig ausgeschlossen, dass man einen beliebigen Arbeiter von einem Ort zum andern dirigieren kann, da die Bearbeitungsweise des Materials eine ganz andre Handhabung erfordert und diese nicht in kurzer Zeit erlernt werden kann. Wenn auch die verschiedenen Industriezweige bestehen und Hindernisse für einen Arbeitsnachweis bieten, so liegt innerhalb keine Ursache vor, denselben zu verwerfen, von einer Einführung etwa ganz Abstand zu nehmen. Es ist selbstverständlich, dass zur Einführung eines Arbeitsnachweises auch die Zustimmung der Unternehmer nötig ist, da andererseits der Arbeiterschaft kein Vorteil erwachsen würde, die ganze Sache keinen Zweck hätte.

Nach Erfüllung dieses Völkerringens wird die Frage der Arbeitsvermittlung sowohl für Arbeitgeber, wie für die Arbeitnehmer noch dringender. An manchen Orten hat der Weltkrieg große Löcher in den Reihen der Arbeiter gerissen, diese Lücken werden fehlen. An andern Orten wird infolge Mängels an Arbeitern ein Arbeitsschutz von Arbeitern zu verzeichnen sein.

Der Arbeitsnachweis dient keineswegs als eine Waffe zur Beseitigung mittellosiger Arbeitnehmer benutzt werden, indem man Leute am Ort bei Einstellungen nicht berücksichtigt, dafür aber von auswärts Arbeitsschäfte fordert.

Wenn man die einzelnen Branchen in Betracht zieht, so sieht sich beispielswise bei den Steinmechanen der Sandsteinbranche vielleicht ein Ausgleich schaffen. Die maßgebenden Firmen dieser Branche haben fast durchgängig in allen bedeutenden Gebieten Filialen, die eine gewisse Gewähr für einen Ausgleich der nötigen Arbeitskräfte bisher schon geboten haben. Wie oft ist es vor dem Krieg der Fall gewesen, dass man Steinmechanen vom Malatal nach Schlesien bestellt, oder es umgekehrt wurde. In Sachsen lagen die Verhältnisse ähnlich. Steinmechanen, die ihr Domizil in Städten hatten, wurden in Bruderdistrikten beschäftigt; war in der Stadt wieder Arbeit, so wurden sie dort wieder beschäftigt. Auch in andern Gebieten sind solche Verschiebungen der Arbeitskräfte zu verzeichnen.

Zu der Hartsteinindustrie finden wir ähnliche Vorgänge. Bei eiligen Arbeiten werden die Steinmechanen nach den Bruderdistrikten geschickt, ebenso bei Mangel an Aufträgen vielleicht in den Steinbrüchen beschäftigt. Es darf nicht verkannt werden, dass diese Tatsachen manchmal zu Mißständen geführt hat, diese Mißstände sich auch mit Einführung eines Arbeitsnachweises nicht sofort beseitigen lassen, aber jedenfalls wird eine Besserung eintreten.

Wenn ein Unternehmer im Fachorgan oder einer andern Zeitung intervierte, so war bei ungünstigem Geschäftsjahr ein Überangebot von Arbeitskräften zu verzeichnen, doch ist auch mancher Kollege infolge früherer trauriger Erfahrungen mißtrauisch geworden und unterliegt ein Angebot auf Arbeit. Einzelne Unternehmer waren mit ihren Arbeitsangeboten direkt verprüft, war es infolge früherer Differenzen oder mißlicher Vorwürfe. Es waren auch die Arbeiter nicht immer die Unschuldigen bei solchen Ausfällen.

Mit der Einführung eines allgemeinen Arbeitsnachweises könnte ein Teil der Mißstände beseitigt werden, nach und nach Verbesserungen die Folge sein. Wie ich bemerkte, müsste der Arbeitsnachweis unparteiisch geleistet werden. Bei den Arbeitgebern wie bei den Arbeitnehmern müsste der Willen bestehen, die Errichtung zu fördern, es dient keineswegs schon von vornherein mit Vorsingenommenheit betrachtet werden, sonst ist alle Mühe und der gute Will zwecklos.

Die Kostenfrage würde keine große Rolle spielen, da in den Städten eine Anlagerung an die vorhandenen Arbeitsnachweise möglich wäre. Ungünstiger liegen die Verhältnisse in den ländlichen Gebieten, die aber nur für unsern Beruf am meisten in Betracht kommen, wo aber die Arbeitsnachweise fast völlig fehlen. In diesen Gebieten müssten nun unbedingt die Organisationen Träger des Arbeitsnachweises werden, was auch gut möglich wäre, da sowohl Arbeitgeber wie Arbeiterverbände fast überall vertreten sind. Die Verbindung mit den Zentralstellen ist vorhanden, sonst wäre nur eine Erweiterung der Korrespondenz nötig.

In den einzelnen Bezirken könnten Hauptstellen errichtet werden, die den losen Nachweis, eventuell auch die Vermittlung von Bezirk zu Bezirk unter Ausschaltung der Zentralnachweistelle regeln und der selben nur den Bericht ausenden. Unter gewissen Umständen könnte auch die Ausdehnung des Nachweises auf andere Berufsabteilungen übergreifen, wie dies speziell in der Hart- und Plastersteinbranche, soweit Bruderdistrikte in Frage kommen, ohne besondere Umstände möglich wäre.

Wir haben innerhalb des Verbands im Laufe der Jahre erhebliches geleistet, sowohl auf dem Gebiete des Tarif- wie auch im Unterstützungsweisen. Bei letzterem haben wir klein angefangen, im Laufe der Zeit aber uns sehr gut entwickelt. Gegner und Unterstützer haben sich mondhafte org. zerzaust, trotzdem würde heute nicht einer von den älteren Kollegen aus irgendwelchen Unterstützungsweisen verzichten wollen. Aus kleinen Anfängen heraus kam die Organisation, fanden die Unterstützungsseinrichtungen, und ich glaube, dass auch der Arbeitsnachweis zu einer guten und nützlichen Einrichtung zum Wohle der Gesamtheit werden wird, wenn auch bedeutende Hindernisse zu überwinden sind.

Die Wandlung der Steinarbeiter, speziell der Steinmechaner, teils auch der Plastersteinmacher, ist bekannt. Sie steht aber so wohl den Arbeitern als auch den Unternehmern. Durch die Gestaltung in verschiedenen Orten und Gebieten, in verschiedenen geplanten Materialien lernt der Arbeiter immer neue Werkzeuge kennen, erweitert sein Können und Wissen, was für ihn persönlich als auch für die gesamte Industrie, mithin auch für die Unternehmer von bedeutendem Wert ist.

Mitgebend für die Grundlage eines Arbeitsnachweises wäre mithin, dass die voraussichtliche Dauer der Arbeit, die genaue Art derselben (nur für Spezialarbeiter), die Entlohnungsmethode und Arbeitszeit angegeben wird, damit dem Bewerber von vornherein ein wirkliches Bild der Verhältnisse bekannt ist, dem Unternehmer ein geeigneter Arbeiter zugewiesen werden kann. Auf dieser Grundlage werden beiderseits missliche Aussonderungen und Entlassungen vermieden oder mindestens stark reduziert werden können. Bei der Nachfrage in der Plastersteinindustrie ist ebenfalls die Materialangabe erforderlich, es ist bekanntzugeben, ob in Rothenburg, zu zwei oder mehreren Leuten gearbeitet wird, oder ob die vorgerichteten (ausgeschlagene) Steine den Puget (Müller), zur Arbeitsstelle geschafft werden. Diese Angabe ist erforderlich, da manche Plastersteinmacher mit dem Ausschlagen der Steine nicht vertraut sind, oder lieber nur die Steine fertigstellen.

Auch bei den andern Berufen, Brechern, Schleifern, Drehern und Sägern muss ständig darauf geachtet werden, dass die Materialangabe, die maschinelle Kraft ausnahmig bezeichnet wird, mit welcher die drei festgelegten Branchen zu arbeiten haben. Die Arbeitsverhältnisse sind zu verschiedenen, die Arten der Maschinen weise zu erfasen.

Hoffentlich regelt man nun auch in unserem Verband die Arbeitsvermittlung.

G. St.

Polierbund und Gewerkschaften.

Der „Grundstein“, Nr. 42 vom 20. Oktober 1917, berichtet über den Abschluss eines Kartellsvertrags zwischen Polierbund und Bauarbeiterverband und Zentralverband der christlichen „Gewerkschaften“ folgendes:

Der Vertrag gilt vorläufig auf ein Jahr. In dem Vertrag erkennt der Polierbund die Arbeitersorganisationen als notwendige Interessenvertretungen der Arbeiter an und erklärt, dass er in neuem allgemeinem Gegenseitig an ihnen steht. Die Bauarbeiterverbande hingegen erkennen den Deutschen Polierbund als zuständige Organisation der Poliere an. Als Polier kann nur gelten, wer mindestens ein Jahr lang in aussichtsreicher mit verantwortlicher Tätigkeit tätig gewesen ist. Wenn solche Person dem Polierbund beitreten will, müssen sie von den Arbeitersorganisationen vorne gewilligen Wiedereintritt in die Arbeiterverbände dann nicht hinnehmen, wenn ein ehemaliger Polier wieder ein Jahr lang als Schleifer oder Hilfsarbeiter beschäftigt war. Die Mitglieder der beiden Organisationen sollen sich stets achtsamstig gegenüber und etwaige Meinungsverschiedenheiten, wenn sie ausgebrochen werden müssen, mit ruhiger Sachlichkeit zu klären versuchen. Die Poliere sollen die Baudeliktierten als Vertrauensmänner der Arbeiter erkennen, die Beschwerden entgegennehmen und die Durchführbarkeit ihrer Anregungen gemeinsam mit ihnen in sachlicher Weise erörtern. Eine Regelung von Gesellen und Arbeitern, die sich der Durchführung des Arbeiterschutzes in ordnungsmäßiger Weise annehmen, darf nicht stattfinden. Für den Fall von Lohnkürzungen haben die Vertragsabschliebenden eine steuerliche Neuordnung vereinbart. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten sollen die Vorstände der örtlichen Organisationen zur Schilderung der Streitfragen angerufen und im Falle der Richterledigung die Beschwerden an die Zentralvorstände zur Entscheidung weitergeleitet werden.

Der Zusammenschluss begleitet der „Grundstein“ mit folgenden Ausführungen:

„Poliere und Gesellen gehören ursprünglich zusammen. Die Poliere sind immer aus dem Stande der Gesellen hervorgegangen. Sie sind lange Zeit die Vertrauensleute, die „Parlierer“ oder Sprecher der Gesellen gewesen. Sie sind das gewesen auf Grund der besonderen beruflichen Tätigkeit, die sie vor andern Gesellen auszeichnete. Im Kapitalistischen Zeitalter ist das allerdings anders geworden. Die Poliere wurden mehr und mehr Vertrauensleute der Unternehmer, die von ihnen die rücksichtlose Vertretung ihrer Interessen verlangten. Damit trat allmählich zwischen Polieren und Bauarbeitern ein Wegenot ein, der in vielen Polierien und Bauarbeitern zu innen stand. Überall war das allerdings nicht der Fall, und es gibt zum Glück heute noch viele Orte, wo das Verhältnis zwischen Polieren und Gesellen ähnlich harmonisch ist.“

Im Laufe der Zeit haben sich nun die Poliere eine eigene Arbeitsorganisation gebaut. Sie haben damit begonnen, ihre wirtschaftlichen Interessen selbst zu vertreten. Mit den Arbeitersorganisationen hat der Polierbund lange Jahre seine Führung gehabt. Er in neuerer Zeit hat man im Lager der Poliere eingefallen. Doch die Kampftstellung zwischen Polieren und Gesellen kann, Hilfsarbeiter nicht am Platz sei, sondern doch die bei den Gruppen der Unternehmern gegenüber bis zu einem gewissen Grade gewissome Interessen haben. Ganz abgesehen davon, dass die Poliere auch heute noch aus der Meikun der Gesellen und Hilfsarbeiter hervorgehen und sehr oft auch wieder dahin zurückkehren und beide Gruppen zusammen, ihre Arbeitskräfte den Unternehmern zu verkaufen. Dabei liegt das nicht daran, dass die Höhe der Gehaltszüge auf

